

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bundeswahlkreisorganisation Dachau/Fürstenfeldbruck

Gröbenzell, 30.8.05

Peter Falk
Vorsitzender, Bundestagskandidat

An
Bundesverband mittelständische Wirtschaft
Z. Hd. Volker Knittel
Kiefernweg 12
85575 Karlsfeld

Bahnhofstraße 18
82194 Gröbenzell
Tel. 08142/54871
Fax 08142/58395
www.peter-falk.info

Erfurter Manifest

Sehr geehrter Herr Knittel,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Überlassung des „Erfurter Manifests“ zur Stellungnahme.

Lassen Sie mich vorweg sagen, dass dieses „Erfurter Manifest“ den Interessen des Mittelstands, der kleinen und mittleren Unternehmen, die Sie vorgeben zu vertreten, kaum entspricht. Tatsächlich handelt es sich in weitesten Teilen um ein Sammelurium zur Zerschlagung bewährter demokratischer und öffentlicher Strukturen. Konsequenz ist nicht nur die Streichung vieler öffentlicher Aufträge, sondern auch die Beendigung eines friedlichen, sozialen und gerechten Miteinanders in dieser Gesellschaft. Weiter würden Konflikte und Unfrieden von der Fläche in die Betriebe hineinverlagert.

Die von Ihnen weitgehend geforderte Aufgabe von Staat und Kommunen bedingt eine erhebliche weitere Rückführung von öffentlichen Aufträgen – insbesondere kommunaler Unterhaltungsmaßnahmen. Folge ist eine Verschlechterung beispielsweise des Schulangebots oder auch eine Verteuerung der Kindergartengebühren. Also hier weniger statt mehr Bildung. Die Auftragsverluste schädigen KUM in erheblichem Maße. Überdies beträgt die Staatsquote – anders als Sie angeben – nicht 49%, sondern 46,9 %. Dies aber nur zur Vervollständigung Ihrer zahlreichen falschen Prämissen.

Die Politik der SPD-geführten Bundesregierung hat hingegen bewirkt, dass mittlerweile der Anteil der Studienanfänger eines Jahrgangs von 27,7 % (98) auf nun 37,5% (04) deutlich gesteigert werden konnte. Ursache sind u.a. eine verstärkte Förderung durch BAföG sowie das bisher geltende Verbot von Studiengebühren. Sie sehen, dass die Umsetzung der von Ihnen vertretenen Positionen der Forderung nach mehr und besserer Bildung erheblich schaden würde, und somit unverantwortbar ist.

Die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, profitieren in erheblicher Weise von sozialem Frieden. Grundlage ist hierfür die Absicherung von Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit und Krankheit, eine Altersversorgung, ein solides Tarifsystem und Mitbestimmungs- wie Arbeitnehmerschutzrechte. Dies unterscheidet uns – nur nebenbei bemerkt – vom Frühkapitalismus oder der Sklavenhaltergesellschaft.

Erfreulicherweise ist die Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Rechtsstaat, der insbesondere die Koalitionsfreiheit als Grundrecht garantiert. Ihre Forderungen sind daher glatt verfassungswidrig, so dass sich eine zeitintensivere Debatte hierüber kaum lohnt. Löhnen würde sich allerdings eine Debatte um ethische und soziale Verantwortung von Unternehmen. Ich weiß, dass die meisten Unternehmer hier über das entsprechende Verantwortungsbewusstsein verfügen und daher Ihre Forderungen ebenfalls nicht teilen. Gehen Sie also bitte nicht davon aus, dass – wenn offensichtlich Ihr Weltbild nicht von sozialen Gedanken getrübt ist – diejenigen, die Sie vorgeben zu vertreten, genauso denken. Im Gegenteil: Sie schaden dem Ruf der oft auch sozial engagierten Selbständigen in der Öffentlichkeit.

Zusammengefasst: Sie wollen soziale Sicherheit weitgehend beseitigen, Konflikte in die Betriebe hineinverlagern und öffentliche Aufträge unmöglich machen sowie Bildung zurückführen. Sie schaden damit diesem Land und auch den Unternehmen. Dies ist daher keine seriöse Debatte, eher Zeitverschwendung.

Sollte jedoch eine Kandidatin oder ein Kandidat einer anderen Partei des WK 217 FFB/DAH Ihre sog. „Programmatik“ unterstützen, so lassen Sie mich es mich bitte wissen, damit ich dies in der weiteren Wahlauseinandersetzung thematisieren kann.

Ich grüße Sie freundlich,

Peter Falk
Kandidat der SPD zum Deutschen Bundestag
Im WK FFB/DAH